

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 04.06.2002
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/ 14-2237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 16.05.2002
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr – 18:21 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 17:30 Uhr – 17:35 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -</p> <p>3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 21.03.2002 - öffentlicher Teil - 246/2002</p> <p>4. Mitteilungen der Bürgermeisterin</p> <p>5. Schriftlicher Bericht des interfraktionellen Arbeitskreises zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte 292/2002</p>	

6. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 "Haus der Musik"**
264/2002
7. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 der VHS**
265/2002
8. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 "Kunst- und Kulturbesitz"**
266/2002
9. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 der Stadtbücherei**
267/2002
10. **Kleine Verbundschule**
273/2002
11. **Einwohnerfragstunde**
278/2002
12. **Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.- Robert- Koch- Straße 8, Bergisch Gladbach**
1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach
2. Anträge der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., Bergisch Gladbach
233/2002
13. **Parkraumbewirtschaftung S-Bahn;**
Hier: Änderung der Parkgebührenordnung
282/2002
14. **Bebauungsplan Nr. 2 - Hebborner Feld - 3. Vereinfachte Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
189/2002
15. **Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Vereinfachte Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
193/2002
16. **Bebauungsplan Nr. 2135 - Buchmühle - 1. Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
194/2002
17. **Bebauungsplan Nr. 2195 - Poststraße - 2. Vereinfachte Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
196/2002

- 18. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte -
- Beschluss zur Durchführung einer erneuten vereinfachten Änderung
- Erneuter Satzungsbeschluss
197/2002**
 - 19. Bebauungsplan Nr. 4181 - Ball - 1. Änderung
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
199/2002**
 - 20. Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch für den Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten- Spitze
254/2002**
 - 21. Gewerbegebiet Spitze;
hier: Bestellung der Mitglieder des interkommunalen Arbeitskreises
257/2002**
 - 22.1 Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr
232/2002**
 - 22.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 02.05.2002 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsgremien und zur Vertretung im Berufsschulverband
294/2002**
 - 23.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2002 zu dem Antrag der Fraktion vom 04.03.2002 mit familienpolitischen Themen
290/2002**
 - 23.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2002 zum Erhalt der Stadtteilbibliothek Paffrath
291/2002**
 - 24. Anfragen der Ratsmitglieder**
-

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. Die Einladung vom 3.5.2002 mit den dazugehörenden Vorlagen,
2. das Anschreiben vom 8.5.2002 mit der aktualisierten Anlage zur Tagesordnung,
3. das Anschreiben vom 13.5.2002 mit dem nachgereichten Antragsschreiben der SPD- Fraktion zu Tagesordnungspunkt 23.1 des öffentlichen Teiles,
4. eine Tischvorlage mit einer nochmals aktualisierten Anlage zur Tagesordnung.

Danach führt sie Frau Annika Böcher als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Stefan Schüller feierlich in den Rat ein und verpflichtet sie entsprechend der von der Gemeindeordnung vorgegebenen Verpflichtungsformel.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 21.03.2002 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht in einigen Punkten. Diese Aktualisierung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Das Fest „Miteinander- Füreinander - Bergisch Gladbach in Bewegung“

Bürgermeisterin Opladen weist auf die an alle Mitglieder des Rates verteilte Einladung für das oben genannte Fest hin, das vom 24. - 26. Mai 2002 stattfindet. Sie bittet

um eine rege Teilnahme.

5. Schriftlicher Bericht des interfraktionellen Arbeitskreises zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte

Frau Ryborsch hofft, daß sich Lösungen für die Einrichtung der Gedenkstätte finden. Sie appelliert an alle Unternehmer in der Stadt, sich an einem Förderverein zu beteiligen. Vielleicht könne die Gedenkstätte mit privaten Fördermitteln errichtet werden.

Herr Freese bedauert, daß die städtischen Finanzen derzeit eine Errichtung der Gedenkstätte nicht zulassen. Er hofft ebenfalls, daß sich die Bürger der Stadt im Rahmen des Fördervereins einbringen.

Für Bürgermeisterin Opladen ist es wichtig, daß der Förderverein nunmehr so rasch wie möglich gegründet wird.

Im Übrigen nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 "Haus der Musik"

Frau Ryborsch bedauert für alle kulturellen Einrichtungen, daß nunmehr massiv gespart werde. In Bezug auf die musische Förderung habe eine Studie inzwischen festgestellt, daß das Erlernen eines Instruments die Intelligenz eines Kindes außerordentlich fördere. Für das „Haus der Musik“ bedeute der Nachtragswirtschaftsplan, daß nur die Kinder besser gestellter Haushalte das Angebot noch wahrnehmen könnten. Ihre Fraktion werde sich bei den Abstimmungen über alle Nachtragswirtschaftspläne der Stimme enthalten.

Stadtkämmerer Kotulla weist darauf hin, daß im Rahmen der Nachtragswirtschaftspläne in den anderen kulturellen Einrichtungen mehr gespart werde als im „Haus der Musik“. Insoweit habe sich für dieses die Situation etwas entschärft. Es stehe somit auch künftig einem breiten Publikum zu Verfügung und nicht nur den Angehörigen besser verdienender Haushalte. Die sich ständig verschärfende finanzielle Lage zwin-ge mehr und mehr zu Sparmaßnahmen in allen Bereichen.

Frau Ryborsch kritisiert den geplanten Bau bzw. Ausbau von Straßen. Dieses Geld solle besser in die kulturellen Einrichtungen gesteckt werden.

Herr Dr. Miede begründet die beabsichtigte ledigliche Stimmenthaltung der SPD-Fraktion damit, daß die kulturellen Einrichtungen im Rahmen des ihnen auferlegten Sparzwangs ausgeglichene Nachtragswirtschaftspläne vorgelegt hätten. Seine Fraktion bezweifle, daß Spenden bzw. Sponsoring tatsächlich zu dem erhofften monetären Erfolg führe.

Herr Buchholz merkt an, daß ein Bereitstellen von freiwilligen Leistungen in Form von kulturellen Einrichtungen u. a. auch von Einnahmen aus dem Gewerbe abhängig sei. Dies wiederum bedinge eine solide ausgebaute Infrastruktur.

Herr Dr. Fischer bekundet die Zustimmung seiner Fraktion zu den Nachtragswirt-

schaftsplänen. Auch er betont den von Herrn Buchholz benannten Zusammenhang.

Bürgermeisterin Opladen korrigiert die Vorlage zum Nachtragshaushalt der Musikschule auf Seite 2 im vorletzten Satz dahingehend, daß „ der Rat in seiner Sitzung am 21.03.2002 **eine** (nicht keine) Einstellung dieser Konzertreihe beschlossen “ habe.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen folgenden **Beschluß:**

Der Nachtragswirtschaftsplan für die städtische Kultureinrichtung „ Haus der Musik Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2002 wird wie vorgelegt unter Berücksichtigung der obengenannten redaktionellen Änderung festgestellt.

7. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 der VHS**

Der Rat faßt einstimmig mit den Stimmen von CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen folgenden **Beschluß:**

Der Nachtragswirtschaftsplan für die Volkshochschule Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2002 wird wie vorgelegt festgestellt.

8. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 "Kunst- und Kulturbesitz"**

Der Rat faßt einstimmig mit den Stimmen von CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen folgenden **Beschluß:**

Der Nachtragswirtschaftsplan 2002 der Einrichtung Kunst- und Kulturbesitz wird wie vorgelegt festgestellt.

9. **Feststellung des Nachtragswirtschaftsplans 2002 der Stadtbücherei**

Der Rat faßt einstimmig mit den Stimmen von CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen folgenden **Beschluß:**

Der Nachtragswirtschaftsplan der Stadtbücherei Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2002 wird wie vorgelegt festgestellt.

10. **Kleine Verbundschule**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Stadt Bergisch Gladbach errichtet eine Verbundschule für die Beschulung lernbehinderter Kinder der Primar- und Sekundarstufe, sowie erziehungsschwieriger Kinder der Primarstufe. Die Zügigkeit der Schule richtet sich nach dem vorhandenen Raumangebot.

12. **Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.- Robert- Koch- Straße 8, Bergisch Gladbach**

1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach

2. Anträge der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) vom 24.04.2002 eine die Vorlage ergänzende Tischvorlage verteilt wurde. Diese sei der Einladung zu dieser Ratssitzung ebenfalls beigelegt worden.

Frau Schmidt- Bolzmann begrüßt zwar die Tatsache einer Kostenreduzierung durch das neue Konzept, hat jedoch mit Blick auf die Haushaltslage immer noch erhebliche Bedenken. Zudem sei nicht klar, wer die künftige Zielgruppe des Vorhabens sein solle. Die Eröffnung eines Internetcafes entziehe der Privatwirtschaft zudem eine Betätigungsmöglichkeit für diesen Bereich. Vor diesem Hintergrund halte sie die veranschlagten 70.000 € für unangemessen und stimme nicht zu.

Herr Neuheuser sieht die Verwirklichung des Vorhabens als absolut notwendig an. Die Stadtmitte sei ein sehr großer Bereich und bedürfe im Grundsatz zweier Einrichtungen. Er weist auf das mit der Maßnahme zu erzielende Einsparpotential gegenüber der Alternative hin, die bisherige offene Tür unter Beibehaltung des alten Konzeptes zu sanieren.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, daß das Vorhaben exakt der im vergangenen Jahr beschlossenen Jugendhilfeplanung entspreche. Seinerzeit seien von keiner Fraktion Bedenken angemeldet worden. Die Verwaltung setze die Konzeption in Bezug auf das Objekt Dr. Robert Koch Straße in Zusammenarbeit mit dem Träger lediglich um. Das Geld stehe zudem im Haushalt bereits zur Verfügung. Auch mit den Trägern bestehe Einvernehmen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der F.D.P folgenden **Beschluß:**

1. **Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf Förderung der Sanierungskosten des Gebäudes Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf eine Förderung in Höhe von 147.171,69 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 443.551 € auf 88.964 € festgesetzt. Ein Teilbetrag in Höhe von 26.500 € steht für 2002 zur Verfügung, die restlichen Fördermittel werden vorbehaltlich der Bereitstellung im Haushalt der Jahre 2003 und 2004 ausgezahlt.**
2. **Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für die *Ehrenamtlichen Räume* in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, in Höhe von maximal 2.644,34 € wird zugestimmt. Der Förderbetrag versteht sich auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 28.251,47 €.**
3. **Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für das *Offene Ju-***

gendcafé – Internet-Café in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V. auf eine Förderung in Höhe von 32.354,42 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 46.220,60 € auf maximal 25.550,00 € festgesetzt.

13. **Parkraumbewirtschaftung S-Bahn;**
Hier: Änderung der Parkgebührenordnung

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß das angedachte Tagesticket zum Preis von 5 € sich vornehmlich an den Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs richte. Gerade für diesen sei die Abnahme jedoch wenig sinnvoll, wenn er in einem Parkhaus in Köln lediglich 2,50 € bezahlen müsse. Er geht davon aus, daß ein Tagesticket zum angedachten Preis nicht akzeptiert werde. Dieser müsse vielmehr eine sinnvolle Größenordnung haben. Eine ähnliche Argumentation gelte für die Einordnung des Bereiches in die Zone I. Die Parkplätze würden aufgrund dessen voraussichtlich zu wenig angenommen. Sinnvoller sei eine Einordnung in die Zone 2.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD folgenden **Beschluß:**

Die Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren/ Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) wird entsprechend der beigefügten Anlagen beschlossen.

14. **Bebauungsplan Nr. 2 - Hebborner Feld - 3. Vereinfachte Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

Herr Buchholz begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen folgende **Beschlüsse:**

- I. Die Anregung der Herren Karl Meier, Reuterstraße Hs.-Nr. 119, Alfred Lorr, Hs.-Nr. 123, Dieter Hahn, Hs.-Nr. 115 wird zurückgewiesen.

Der Bebauungsplan Nr. 2 - Hebborner Feld - 3.Vereinfachte Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen.

Herr Buchholz kehrt an seinen Platz zurück.

15. **Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Vereinfachte Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

Der Rat faßt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD bei Stimmenthaltung der F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Der Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Vereinfachte Änderung wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NV als Satzung beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 8 BauGB dazu.

**16. Bebauungsplan Nr. 2135 - Buchmühle - 1. Änderung
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung**

Herr Nagelschmidt begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 2135 – Buchmühle – 1. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen**
- B 1 Eheleute Prof. Dr. Hommerich (vertreten durch CBH Rechtsanwälte) wird nicht entsprochen,**
 - B 2 Eheleute Ruth und Werner Wachendorff (vertreten durch CBH Rechtsanwälte) wird nicht entsprochen,**
 - B 3 Wolfgang Lamsfuß wird nicht entsprochen,**
 - B 4 Interessengemeinschaft Bergisch Gladbach-Stadtmitte e.V. wird nicht entsprochen,**
 - B 5 Eckhard Bremer wird nicht entsprochen,**
 - B 6 Leder Bremer GmbH wird nicht entsprochen,**
 - B 7 Schuhhaus Werheit wird nicht entsprochen,**
 - B 8 Heiner Dünner wird nicht entsprochen,**
 - B 9 Franz Karl Burgmer wird nicht entsprochen,**
 - B 10 Marktvereinigung Berg. Gladbach e.V. wird nicht entsprochen,**
 - B 11 Elisabeth Joist wird nicht entsprochen,**
 - T 1 Industrie- und Handelskammer zu Köln wird nicht entsprochen**
 - T 2 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen / Rhein-Berg wird nicht entsprochen,**
 - T 3 Rhein.-Berg. Kreis Der Landrat wird teilweise entsprochen,**
 - T 4 Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius wird entsprochen.**
- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Bebauungsplan Nr. 2135 – Buchmühle – 1. Änderung als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.**

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

17. Bebauungsplan Nr. 2195 - Poststraße - 2. Vereinfachte Änderung

- Beschlüsse zu Anregungen

- Beschluss als Satzung

Herr Müller begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Bebauungsplan Nr. 2195 – Poststraße – 2. Vereinfachte Änderung als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

Herr Müller kehrt an seinen Platz zurück.

**18. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte -
- Beschluss zur Durchführung einer erneuten vereinfachten Änderung
- Erneuter Satzungsbeschluss**

Herr Ziffus begründet die Ablehnung seiner Fraktion damit, daß der Ausgleich für das Vorhaben der Firma Krüger zu mehr als fünfzig Prozent außerhalb des Bebauungsplanbereiches erfolge. Für die Veränderung der Abläufe innerhalb der Firma Krüger habe man durchaus Verständnis. Es sei nicht die Absicht von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, das Vorhaben zu Fall zu bringen.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse**:

- I. Der Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- vom 21.03.2002 wird aufgehoben.**
- II. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgetragene Anregungen der Einwender**
 - B 1 Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im RBK wird nicht entsprochen**
 - T 1 Untere Landschaftsbehörde/ Landschaftsbeirat wird teilweise entsprochen**
 - T 2 Landwirtschaftskammer Rheinland wird entsprochen**
 - T 3 BELKAW wird entsprochen**
 - T 4 Untere Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde wird entsprochen**
 - T 5 Staatliches Umweltamt Köln wird teilweise entsprochen.**

III. Für die nach der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- erfolgte Änderung

- Flächentausch Kompensationsmaßnahme K3

wird ein Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 3 i.V.m. § 13 Nr. 2 und 3 Baugesetzbuch durchgeführt.

IV. Den im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 3 i.V.m. § 13 Nr. 2 und 3 Baugesetzbuch zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- vorgetragenen Anregungen der Einwender

B 1(a) Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände wird teilweise entsprochen

T 6 Untere Forstbehörde wird entsprochen.

V. Für die nach der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- weiterhin erfolgten Änderungen

- Überbaubare Grundstückfläche
- Länge des Hochregallagers
- Zulässige Nutzung der privaten Grünfläche

wird ein Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 3 i.V.m. § 13 Nr. 2 und 3 Baugesetzbuch durchgeführt.

VI. Der Durchführungsvertrag nach § 12 Abs. 1 Baugesetzbuch wird in der vorliegenden Fassung geschlossen.

VII. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte- wird gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.

19. **Bebauungsplan Nr. 4181 - Ball - 1. Änderung**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**

I. Der im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 4181 - Ball - 1. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregung des Einwenders Herrn Rolf Büchel wird nicht entsprochen.

II. Der Bebauungsplan Nr. 4181 - Ball - 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGl und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW als Satzung

beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

20. **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch für den Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten- Spitze**

Der Rat faßt mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Zur Sicherung von städtebaulichen Maßnahmen, zur Vorbereitung, Planung und Durchführung und damit zur Ausweisung und Erschließung eines Gewerbegebietes im Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten wird eine Satzung für ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken gemäß § 25, Abs. 1, Satz 2 des Baugesetzbuchs erlassen.

Die in der Anlage beigefügte Satzung über ein besonderes gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Katasterflurkarte mit der Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung über ein besonderes gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch ist Bestandteil dieses Beschlusses.

21. **Gewerbegebiet Spitze;**
hier: Bestellung der Mitglieder des interkommunalen Arbeitskreises

Frau Schmidt-Bolzmann kritisiert die Art und Weise, wie im Hauptauschuß am 7.5.2002 die kleinen Fraktionen von der Mitwirkung im interkommunalen Arbeitskreis ausgeschlossen wurden. Sie weist darauf hin, daß die F.D.P. auf Grund ihrer geringen Größe in mehreren gewichtigen Gremien nicht vertreten sei und dort initiierte Beschlüsse daher nicht immer mittragen könne. Insgesamt würden große Politikbereiche von ihrer Fraktion ferngehalten.

Herr Neuheuser gibt eine Listenverbindung zwischen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der KIDinitiative bekannt. Er benennt für diese Herrn Ziffus als Mitglied und sich selbst als stellvertretendes Mitglied für den Arbeitskreis.

Bürgermeisterin Opladen stellt fest, daß dies zu Lasten der SPD gehe. Diese habe dann nur noch zwei Sitze im Arbeitskreis.

Auf Antrag von Herrn Freese unterbricht sie die Sitzung für fünf Minuten.

Danach gibt Herr Freese für die der SPD verbleibenden zwei Sitze im Arbeitskreis folgende Benennung bekannt:

1. Herr Neu als Mitglied Frau Hammelrath als stellvertretendes Mitglied
2. Herr Hoffstadt als Mitglied Herr Freese als stellvertretendes Mitglied

Die CDU verändert ihre Benennungen nicht.

Hieraus ergibt sich folgender einstimmiger **Beschluß**:

Als Mitglieder des interkommunalen Ausschusses zur Planung und Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes Spitze werden folgende Mitglieder und Stellvertreter benannt:

	Mitglieder	Stellvertreter
1.	Sacher, Peter	Cüpper, Thomas
2.	Albrecht, Jürgen	Kierspel, Hans
3.	Neu, Gerhard	Hammelrath, Helene
4.	Haasbach, Hans- Josef	Hagen, Karl- Hubert
5.	Kremer, Michael	Wolfgarten, Herbert
6.	Hoffstadt, Peter	Freese, Klaus- Peter
7.	Ziffus, Günter	Neuheuser, Andreas

22.1 Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

Frau Münzer begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

Gemäß § 2 der Satzung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Gemeindeordnung NW beschließt der Rat die Vertretung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr durch den seitens des Beirates vorgeschlagenen sachkundigen Einwohner Herrn Michael Mommer als beratendes stellvertretendes Mitglied.

Frau Münzer kehrt an ihren Platz zurück.

22.2 Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 02.05.2002 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsgremien und zur Vertretung im Berufsschulverband

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Den Ausschußumbesetzungen sowie der Umbesetzung im Berufsschulverband wird zugestimmt.

23.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2002 zu dem Antrag der Fraktion vom 04.03.2002 mit familienpolitischen Themen

Herr Freese bittet um Überweisung in die zuständigen Ausschüsse.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß sich der Antrag der SPD-Fraktion in den Programmen fast aller Parteien wiederfinde.

Herr Hoffstadt sieht durchaus eine Zuständigkeit des Hauptausschusses in Bezug auf die Koordination. Dennoch solle die Verwaltung prüfen, ob und inwieweit noch weitere Ausschüsse zuständig seien..

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird in den Hauptausschuß überwiesen.

23.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2002 zum Erhalt der Stadtteilbibliothek Paffrath

Herr Freese sieht den Erhalt der Stadtteilbücherei Paffrath als sehr wichtig an. Er bittet um Überweisung des Antrages in den Fachausschuß.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.

24. Anfragen der Ratsmitglieder

1. Anfrage zu einer Verschmutzung des Rodenbaches

Herr Ziffus weist unter Vorlage eines Fotos auf eine Verschmutzung des Rodenbaches hin. Eine Anliegerin habe dieses Foto am 08.04.2002 gemacht und ihm ausgehändigt. Im Rahmen einer Ortsbesichtigung habe er am 13.5.2002 gegen 12:00 Uhr ebenfalls festgestellt, daß der Rodenbach eine leicht milchige Trübung und Schaumbildung aufwies. Er geht davon aus, daß es sich hier um eine Fehleinleitung aus dem Bereich des Gewerbegebietes Zinkhütte handelt. Er bittet darum, die Angelegenheit zu untersuchen, ggf. eine Wasserprobe zu entnehmen und schriftlich Stellung zu beziehen.

2. Anfrage zur Veräußerung der städtischen Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS)

-

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, daß sich der Rat in seiner vergangenen Sit-

zung am 21.3.2002 mit dem Antrag seiner Fraktion zum Verkauf der Anteile der Stadt Bergisch Gladbach an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft befaßt habe. Hier sei durch das Ratsmitglied Buchholz berichtet worden, daß sich der Aufsichtsrat der Gesellschaft in seiner letzten Sitzung mit diesem Antrag und einem Gegenantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN befaßt habe. Der Aufsichtsrat habe die Geschäftsleitung einstimmig gebeten, die Problematik ausführlich aufzuarbeiten.

In einem persönlichen Gespräch habe die Geschäftsführerin der RBS ihm gegenüber einen solchen Prüfauftrag jedoch nicht bestätigen können. Entsprechendes habe sie auch in einer schriftlichen Stellungnahme geäußert. Er möchte wissen, wie diese Diskrepanz zu erklären ist.

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

11. **Einwohnerfragstunde**

Einwohneranfrage zu den Ortsnetzkenzzahlen für den Bereich von Bergisch Gladbach

-

Herr Hoffmann verließ seine Einwohneranfrage vom 29.4.2002 zur o. g. Problematik. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen die gestellten Fragen. Auch die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.